

Autos brennen nach Demo in Berlin Chaos am 1. Mai!

Am 1. Mai 2025 demonstrierten in Berlin bis zu 18.000 Menschen überwiegend friedlich. Es kam zu vereinzelten Auseinandersetzungen und Festnahmen.



Seydelstraße, Berlin, Deutschland - Am 1. Mai 2025 fanden in Berlin und anderen Städten bundesweit linke Demonstrationen statt, an denen mehr als 25.000 Menschen teilnahmen. Die größte Veranstaltung war die Revolutionäre 1. Mai-Demonstration in Berlin, an der schätzungsweise zwischen 15.000 und 18.000 Menschen teilnahmen. Die Lage war zunächst weitgehend friedlich, jedoch gab es vereinzelt Auseinandersetzungen, unter anderem wurden Flaschen auf die Polizei geworfen, und mehr als 50 Festnahmen wurden registriert. Berliner Polizeipräsidentin Barbara Slowik Meisel bezeichnete den Einsatz als erfolgreich und zog ein positives Fazit, trotz der Meldungen über verletzte Polizisten und gewalttätige Vorfälle während der Demonstrationen. Auch pro-

palæstinensische Sprechchöre und antisemitische Parolen waren während der Veranstaltung zu hören. Diese Entwicklung wurde von der Gewerkschaft der Polizei (GdP) dokumentiert, die von mehreren verletzten Einsatzkräften berichtete.

In den Tagen nach der Demonstration brannten in Berlin mehrere Autos, darunter ein Porsche und ein weiteres Fahrzeug in der Kienitzer Straße. Laut ersten Ermittlungen wird von Brandstiftung ausgegangen. Diese Ereignisse fügen sich in einen größeren Kontext von immer wiederkehrenden Gewaltausbrüchen bei linken Demonstrationen, die in den letzten Jahren zunehmend dokumentiert wurden. Der Verfassungsschutz meldete einen Anstieg linksextremistischer Straftaten, insbesondere in den Bereichen Gewalt und Brandstiftung, die 2023 die höchste Zahl seit Jahren erreichten.

Auseinandersetzungen und Sicherheitslage

In der Stadt Gelsenkirchen sowie in Dortmund gab es ebenfalls Auseinandersetzungen zwischen linken Gruppen und der Polizei, wobei Schlagstöcke zum Einsatz kamen. In Dortmund kam es zu körperlichen Auseinandersetzungen zwischen einer linken Gruppe und Personen aus dem Umfeld der AfD. Auch hier wurden einige Personen festgenommen. Diese Vorfälle stehen im Zusammenhang mit einem gestiegenen Sicherheitsaufkommen während der Demonstrationen, da die Polizei mit etwa 1.800 Kräften in Hamburg im Einsatz war und auch in anderen Städten erhöhte Präsenz zeigte. Im Bereich der Gewerkschaften erlebte Nordrhein-Westfalen mit über 300.000 Teilnehmern an DGB-Kundgebungen ebenfalls einen bedeutenden Zustrom.

Linksextremistische Straftaten haben laut dem Verfassungsschutzbericht 2023 einen starken Anstieg erfahren. 4.248 Delikte wurden registriert, darunter 727 Gewalttaten. Auch die Anzahl der Straftaten gegen die Polizei ist gestiegen, was auf ein zunehmend aggressives Klima hinweist. Besonders alarmierend ist der Anstieg gewalttätiger Vorfälle und

Brandstiftungen, der auch bei den aktuellen Ereignissen am 1. Mai sichtbar wurde.

Demonstrationen im Vergleich

- Berlin: 15.000 bis 18.000 Teilnehmer bei der Revolutionären 1. Mai-Demo
- Hamburg: Circa 10.000 Teilnehmer, zehntausend bei verschiedenen Veranstaltungen
- Dortmund: Körperliche Auseinandersetzungen mit AfD-Gegnern
- Gelsenkirchen: Polizeieinsatz mit festgenommenen Aktivisten
- Gera: Neonazi-Aufmarsch mit Gegenprotesten

Die Ereignisse am 1. Mai 2025 in Berlin und anderen Städten werfen ein Licht auf die Spannungen zwischen verschiedenen politischen Gruppen und die Herausforderungen, denen sich die Polizei gegenüber sieht, wenn es darum geht, die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten. Während die gewerkschaftlichen und sozialen Bewegungen im Allgemeinen friedlich demonstrieren, scheinen viele linksextremistische Gruppierungen increasingly gewalttätig zu werden. Dies ist ein Trend, der auch in den Zuwächsen der gewalttätigen linken Bewegungen und der verzeichneten Straftaten unterstrichen wird. Für die kommenden Monate bleibt abzuwarten, wie sich die Situation weiter entwickeln wird und welche Maßnahmen ergriffen werden, um der Eskalation zu begegnen.

Details	
Ort	Seydelstraße, Berlin, Deutschland
Quellen	• www.bild.de • www.tagesschau.de • www.verfassungsschutz.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de